



Juli/August 1999

Solidaritätspreis: öS 20.-

VORWÄRTS**Sozialistisch ★ Antifaschistisch ★ International****öS 8.-**

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

erscheint seit 1983

Nummer 95

Haltet die Diebe!

Wer kennt sie nicht, die Politik- und Wirtschaftskapitäne. Jeden Tag erklären sie uns via Zeitungen, Radio und Fernsehen, wohin das „Boot Österreich (oder je nach Bedarf: Europa)“, in dem wir ja alle gemeinsam sitzen, fährt. Und wer ein guter Kapitän sein will, muß auch schon mal größere Kurs-korrekturen durchsetzen, um nicht mit seinem Boot irgendwo aufzulaufen. In der Politik bedeutet das konkret Sparpakete, Kürzungspolitik im Sozialbereich, Privatisierung, schlanker Staat etc. und in der Wirtschaft eben Standortverlegung, Arbeitsplatzvernichtung und Einbußen für die Beschäftigten auf allen Ebenen.

Ali Kropf
SOV Wien-Süd

Egal, ob in Wirtschaft oder Politik, das wichtigste ist, daß die Kassa stimmt. Um das aber zu erreichen bedarf es immer wieder „neuer“ Ideen, um den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen. Die Wirtschaft versucht über gefinkelte psychologische Tricks in der Werbung den Menschen einzureden, ohne dieses oder jenes Produkt nicht mehr sein zu können. Und siehe da, irgendwann braucht es dann bald wirklich jeder, weil es zur „Norm“ geworden ist. Das beste Beispiel dafür ist der „Handyboom“: und so werden allmählich die öffentlichen Telefonzellen rar bis sie ganz verschwunden sind und jeder eben ein Handy hat oder braucht. Eine andere beliebte Möglichkeit der Unternehmer um an Geld zu kommen ist, den Beschäftigten solange zu erklären, wie schlecht es der Firma geht, bis sie es glauben und aus Angst vor Arbeitslosigkeit schließlich Lohn-einbußen zustimmen. Ein positiver „Begleiteffekt“ dabei ist: sich die restlichen Arbeitsplätze gleich noch von staatlicher Seite subventionieren zu lassen. Natürlich funktioniert das um so besser, je mehr Arbeitslose es gibt und desto mehr Angst die Beschäftigten vor Arbeitslosigkeit haben.

Politik für die Reichen, Politik für die Unternehmer

Für die Politik stellt sich dabei aber das Problem, daß sowohl Arbeitslose, wie auch „Arbeitserschaffende Maßnahmen“ (= Geld an Unternehmer) die Staatskassa massiv leeren. Also was tun? Aber auch hier gibts bereits eine Fülle an „kreativen“

Ideen. Da ist einmal das Konzept des „Neoliberalismus“: Der Markt reguliert alles und wer keine Arbeit hat ist eben selber schuld und muß dazu sehen, wie er seine Marktposition (= Schulungen aus eigener Kasse etc.) verbessern kann. Dieses Konzept eignet sich „hervorragend“, um beim Arbeitslosengeld zu sparen und daher den Druck auf die Arbeitslosen weiter zu erhöhen, damit sie jede auch noch so schlecht bezahlte Arbeit annehmen. Und wer freut sich wohl am meisten über niedrige Löhne?

Die „neue“ Sozialdemokratie: Neoliberal mit schönen Worten

Als großes Gegenkonzept zum Neoliberalismus wird gerne das der Sozialdemokratie aufgebaut. Und so wird bereits fest in den „Kaderschmieden“ der „neuen“ Sozialdemokraten ala Tony Blair, Gerhard Schröder und Viktor Klima gearbeitet, wie der weitere Sozialabbau unter ihren Regierungen den Menschen am besten verkauft werden kann und das wenn geht noch unter einem fortschrittlichen Mäntelchen.

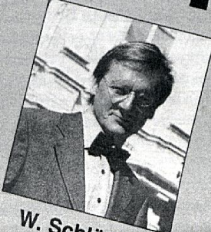
Dynamisches Duo?

Denn auch für sie steht die „Gesundung“ der Staatsfinanzen, die natürlich Hand in Hand mit denen der Unternehmer geht, an vorderster Stelle. Für Nostalgiker, wie jene in der SPÖ, die ewig der Zeit Kreiskys hinterhertrauern (in denen übrigens die Umverteilung von unten nach oben bereits begonnen hat!), wird nicht mehr viel Platz bleiben. So findet sich auch der sinnige Satz im richtungsweisenden Papier des „dynamischen Duos“-chröder/Blair: „Wir wollen eine Gesellschaft, die er-

folgreiche Unternehmer ebenso positiv bestärkt, wie erfolgreiche Künstler und



Viktor Klima



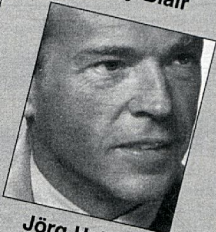
W. Schlüssel



Tony Blair



Frank Stronach



Jörg Haider



G. Schröder

**Gesucht wegen:
Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung
und Lohnkürzungen**

Fußballspieler...“ Nun was für deutsche oder britische Unternehmer eine „Aufwertung“ wäre – mit Fußballern gleichgesetzt zu werden – würde in Österreich eher der Realität entsprechen. Denn im Gegensatz zu den Unternehmern stehen Österreichs Fußballer nach triumphalen Niederlagen gegen Spanien und Israel nicht gerade im besten Ruf.

Das wirft dann aber die Frage, warum denn die Unternehmer einen besseren Ruf als die Fußballer genießen? Kündigungen da (oder schöner ausgedrückt: Freisetzungen), und in Konkurs geschlitterte Betriebe dort und hier nicht eingehaltene Versprechen – das ist die wahre wirtschaftliche Landschaft. Dabei reicht die Palette von Kaindl, Semperit

über Waagner-Biró bis hin zu Bären-Batterie.

Große Versprechen - nichts gehalten

Und kommt dann einmal einer wie Frank Stronach, der das blaue vom Himmel verspricht, liegt ihm auch schon Politik und Wirtschaft zu Füßen, auch wenn sich binnen kurzer Zeit seine Versprechungen als Seifenblasen herausstellten. So hat er mittlerweile schon so ziemliche alle Versprechen gebrochen, die vor 1½ Jahren bei der Übernahme von Steyr-Puch gegeben wurden (siehe dazu: Vorwärts Feber 98). Trotzdem

wird Stronach weiter geholt und von den Politikern auf Händen getragen, anstatt ihm ein wenig auf die seinen zu steigen. Letztendlich ergibt sich daraus die Schlussfolgerung, daß wer in der Politik was ändern will, das auch in der Wirtschaft tun muß. Und um zum Schluß nochmals auf den Vergleich mit Boot und Kapitän zurückzukommen, bleibt die Wahl zwischen „der Meuterei auf der Bounty“ oder der „Titanic“; was so viel heißt: entweder weg mit dem Kapitän oder unverschuldet mit diesem unterzugehen.

Sommer-OG der SOV
jeden Mittwoch, 19 Uhr
Ammerlinghaus
7., Stiftgasse 8

aus dem Inhalt:

**Seite 2:
Affäre Euroteam**

**Seite 3:
Post**

**Mittelseite:
Die Armutsfalle**

**Seite 6:
Buchpreisbindung**

**Seite 7:
Proteste im Iran**

**Seite 8:
Bregartner ist weg!**

Der Standpunkt

Was bleibt ist mehr als ein übler Nachgeschmack ...

Die letzten Wochen standen im Zeichen von abschließenden Bilanzen über den Krieg am Balkan. Nun, eine Bilanz kann auf jeden Fall gezogen werden: Die NATO-Bomben haben den Kosovo/a letztlich „ethnisch gesäubert“, Haß und Vertreibungen wurden während des Krieges potenziert. Ansonsten ist ganz und gar nichts „abgeschlossen“ – im Gegenteil, wir stehen mitten in einer neuen Phase der globalen Entwicklung. Der Sieg des westlichen Imperialismus bedeutet zunächst sicherlich einen ideologischen Erfolg. Doch welchen Bestand wird er besitzen? Der Plan lautet nun im Kosovo/a offen zur Protektorspolitik der Zwischenkriegszeit zurückzukehren: Die ganze Region soll über die UNO von den führenden westlichen Industriestaaten verwaltet und militärisch kontrolliert werden. Zunächst führt(e) das zu einem neuen Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen westlichem und russischem Imperialismus. Wie lange die westliche Politik, „Rußland ins Boot“ zu holen und gleichzeitig russische Interessen zu ignorieren, ohne schwere (militärische?) Konflikte funktioniert, ist eine Frage der Zeit.



von John Evers

Innerwestliche Spannungen

Schon bei der Diskussion des „Wiederaufbaus“ – der Verteilung der Kosten, der Vorbedingungen für Hilfslieferungen an Jugoslawien... – wurden Widersprüche zwischen den westlichen Staaten sichtbar.

Ebenfalls eine Frage der Zeit ist es, wie lange es dauert, bis dem Großteil der Kosovo/a-AlbanerInnen bewußt wird, welche Freiheit sie gewonnen haben – nämlich keine. „Entweder die UNO-Verwaltung geht mit uns Richtung Unabhängigkeit oder es gibt einen neuen Konflikt im Kosovo“ (Jakub Krasnjak, Ex-UCK-Sprecher, „Minister“ für den Wiederaufbau). Spätestens hier wird der Punkt einsetzen, wo von der westlichen Einigkeit wenig übrig bleibt. Einzelne imperialistische Staaten werden die Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützen, andere sie bekämpfen – ein „spannendes“ Szenario angesichts der im Kosovo/a stationierten Truppenkontingente.

Insgesamt bedeutet(e) dieser Krieg das klare Bekenntnis aller wichtigen westlichen Staaten, ihre Interessen zukünftig auch verstärkt mit offener militärischer Aggression durchzusetzen. Die Neudefinition der NATO geht ebenso in diese Richtung, wie die Entwicklung der EU-„Sicherheitspolitik“. Aber auch die Diskussion um Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht zugunsten einer hochbezahlten Profikillertuppe in einzelnen EU-Staaten heißt nichts anderes, als ein Setzen auf „Krisenintervention“ in anderen Teilen der Welt – und natürlich auch gegen (soziale) Unruhen im eigenen Land. Immer mehr Staaten wollen sich ihrer „globalen“ Verantwortung militärisch stellen.

Die Kriegsgefahr steigt nach diesem Krieg auf ein seit 1945 real nicht mehr vorhandenes Maß: Wenn Krieg nun auch „offiziell“ wieder „möglich“ geworden ist, warum ist dann ausgeschlossen, daß kommende ökonomische Konflikte zwischen westlichen Staaten nicht auch einen militärischen Ausdruck finden werden...?

Sommer, Sonne, Sozialismus

Jetzt anmelden

Zehn Sommer nach dem Zusammenbruch der Regime Osteuropas treffen sich Jugendliche aus Rußland, Moldawien, Kasachstan, der Ukraine, Tschechien, Österreich und Deutschland um über die Ursachen, Auswirkungen von 1989/90 und die Perspektiven für Osteuropa zu diskutieren.

Internationales Sommercamp in Tschechien

8.-14. August 1999

Diskutiert wird die aktuelle soziale und gesellschaftliche Situation, die Entwicklungsperspektiven für die Weltwirtschaft und für Osteuropa im speziellen.

Ein Schwerpunkt wird die Entwicklung und Einschätzung des Balkankonfliktes sein.

Neben Diskussionen zu den einzelnen Ländern wird in Arbeitskreisen über historische Fragen diskutiert: Die **Linke Opposition** in der Sowjetunion
Tschechien – ein Land der Revolutionen.

Aber auch aktuelle Themen wie **Frauen in den GUS-Staaten, Ge-**

werkschaften in Osteuropa sowie praktische Fragen wie **SchülerInnen und Frauenarbeit** werden behandelt.

Einen Schwerpunkt stellen **Nationalismus/Rassismus/Faschismus** dar – hier gibt es neben Diskussionen auch eine **Exkursion**.

Es wird Übersetzung aller Diskussionen ins Deutsche geben

Anmeldung & Infos unter:
01-524 63 10
sov@gmx.net

Kosten: Für Fahrt, Unterbringung, Essen, Diskussionen und Exkursion sowie Fest rund **65 2000,-** (genauer Preis richtet sich nach der TeilnehmerInnenzahl).

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV),
1070 Wien, Kaiserstr. 14/11
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23
Herstellung und Verlagsort: Wien

Die neue Abschiebeverordnung

Alles beim Alten

Zwei Monate nach dem Fall Omofuma gab Innenminister Schlögl am 30. 6. 1999 eine neue Richtlinie für Abschiebungen auf dem Luftweg heraus. Hier ist in nüchternem Verordnungsdeutsch nachzulesen, wie Schubhäftlinge in nächster Zeit aus Österreich abtransportiert werden – Menschen, die nichts anderes verbochen haben, als daß sie nach Österreich kommen wollten.

Philipp Fleischmann
SOV Wien-Mitte,
Koordinator von
Jugend gegen Rassismus

„Zulässig ist das Fesseln des Betroffenen an Händen und/oder Beinen, das Fixieren mit Händen und Beinen am Sitz (z.B. mit Band-schlingen, Klettbandern, Gürtel).“ (Ziffer 2.6) – so klingt der Originaltext. Um Kritiker beruhigen zu können wurde zwar die Verwendung von „Klebbändern, Leukoplast oder ähnlichen Produkten (...) ausnahmslos untersagt“, einen Absatz weiter oben bekommt man aber noch einmal einen unangenehmen Einblick in die österreichische Abschiebepraxis der Neunziger: „Das zwangsweise Anlegen von Windeln u.dgl. ist ausnahmslos zu unterlassen“. Interessant ist auch eine Änderung gegenüber der letzten „Richtlinie“ (7. 5. 1999): Unmittelbar nach dem Tod des Schubhäftlings Marcus Omofuma verordnete Schlögl den Einsatz von „Integralhelmen“ als sanftere Variante – nur wenige Wochen später, am 29. 5. 1999 starb ein Schubhäftling in Gewahrsam des deutschen Grenzschutzes, weil er mit dem Motorradhelm zu fest „fixiert“ worden war. Entsprechend ist in der neuen Richtlinie nichts mehr von Motorradhelmen zu lesen.

Abschiebungen sollen zukünftig in extra angemieteten Privatflugzeugen abgewickelt werden. Am 24. Juni

fand der erste Transport dieser Art statt. In einem „Learjet“ des „Internationalen Flugrettungsdienstes Austria“ wurden vier Schubhäftlinge ausgeflogen – zum stolzen Preis von 65 500.000,- allein für den Flug. Kooperation mit der Schweiz ist be-



FPÖ auf Linie des Innenministers?

reits abgesprochen, mit Deutschland finden Gespräche statt.

Die Vermutung liegt nahe, daß das Innenministerium sich dadurch vor unliebsamen Zuschauern schützen will. Schlögl hat zur Kontrolle der Abschiebungen einen neuen „Menschenrechts-Beirat“ eingesetzt. Dieser dürfte ein lächerliches Feigenblatt für das Innenministerium werden: Die fünf Vertreter verschiedener Ministerien und die fünf Vertreter von Menschenrechtsorga-

nisationen haben nur beratende Rechte, werden vom Innenminister bestellt und können jederzeit von ihm aberufen werden.

Trotzdem er öffentlich unter Druck gekommen ist, setzt Schlögl seine Politik fort – und erinnert damit an die FPÖ, die ja bekanntlich „scho-nungslos“ Abschiebungen fordert (Standard 29/30. 5.).

Ein Element der neuen Abschiebeverordnung ist auch die medizinische und psychologische Untersuchung vor der Abschiebung, die möglicherweise auftretende Probleme bereits vorher abschätzen soll. Die Schubhäftlinge werden so dargestellt, als ob sie eben „einfach so“ „Aggressionsneigungen“, „Neigung zu Panikattacken“ oder ähnliches haben. Daß so etwas in Zusammenhang mit dem steht, was sie in ihrem Heimatland erwartet, wird gar nicht erst in Betracht gezogen.

Die neue Abschiebepraxis ist keinesfalls ein Wendepunkt in der Asylpolitik der letzten Jahre. Die relativ breite Solidarität die es nach dem Fall Omofuma mit AsylbewerberInnen gab, wurde von den führenden „MenschenrechtsvertreterInnen“ – wie bei SOS Mitmensch, oder den Grünen – leichtfertig verspielt. Sie haben es verabsäumt die breite Solidarität in eine breite Solidaritätsbewegung umzuwandeln. Beim „Gegen-schlag“ von Innenministerium und FPÖ – Verhaftungsaktionen und Inserate gegen NigerianerInnen – sind sie stumm geblieben, oder haben sich von den Betroffenen distanz-iert. Betroffenheit angesichts der Folgen der menschenverachtenden Asylpolitik ist zuwenig – Gegenwehr ist nötig!

Brief an Lukas Stuhlfarrner vom „Euroteam“

Lieber Lukas...

...aus den Medien habe ich über Deinen beruflichen Werdegang und die Firma Euroteam erfahren. Du kannst Dich vielleicht noch an mich erinnern. Wir waren in den Achtziger Jahren beide bei der Sozialistischen Jugend aktiv und bei der Aktion Kritischer Schüler, der Schülerorganisation der SPÖ. Wie ich sehe, haben wir seither sehr unterschiedliche Wege genommen...

ein Brief von Sonja Grusch
Mitglied der SOV, aus der SJ aus-
geschlossen und arbeitslos

Die SPÖ ist im Laufe der Achtziger und v.a. der Neunziger Jahre immer mehr zu einer Partei des Sozialab-baus geworden. Sie hat die Sparpakete geschnürt und dabei fast ausschließlich bei sozial Schwachen gekürzt – bei Frauen, Jugendlichen, ArbeitnehmerInnen.

Vor allem hat sich die SPÖ als DIE Europa-Partei präsentiert. In der SJ gab es Anfang der Neunziger Jahre viele Jugendliche die sich gegen die EU, eine Institution die für Skandale, für Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau steht, gestellt haben. Wir wurden damals u.a. wegen unserer Kritik an der EU und der unkritischen Haltung der SJ dazu aus eben dieser ausgeschlossen – wo warst Du damals...?

Jetzt sehe ich, daß Dir Deine Verbindungen in die SPÖ genutzt haben. Natürlich hätte auch eine andere Firma als Euroteam all diese Projekte an Land ziehen können – aber es kann nicht schaden, wenn man die richtigen Leute kennt.

Ich habe gelesen, daß Deine Firmen-Gruppe rund 42 Millionen Schilling von Sozialministerium und AMS erhalten hat, um im Zuge der Lehrlingsoffensive Jugendlichen zu helfen eine Job zu kriegen. Ich bin zur Zeit selbst arbeitslos und kenne diese Maßnahmen daher aus eigener Erfahrung. Ich weiß daher auch, worum es in diesen Maßnahmen geht: die Statistik zu schönen, die Öffentlichkeit zu beruhigen und jenen, die die Maßnahmen durchführen, ein nettes Einkommen zu kommen zu lassen.

Als Sozialistin wüßte ich viele Aktionen die mit 42 Millionen zu fi-



Lukas Stuhlfarrner

nanzieren wären und die mehr bringen, als ein schönes Leben für Menschen wie Dich.

Lieber Lukas, Dein „politischer Ansatz“ war mir immer zutiefst zu-wider. Er ist nichts als zynisch gegenüber den Menschen die von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Du bist einer jener Leute, gegen die immer mehr Menschen kämpfen – Arbeits-lose, Jugendliche, Frauen ... Du bist weder sozial, noch demokratisch... aber die Partei, die hat Dir genützt...

Post

Postfuchs wird zum bösen Wolf

„Briefe in Wien eine Woche lang unterwegs.“ Und: „Bilanz des Wandels: Rekordergebnis der Post und Telekom AG“. 1+1=?

Lisa Dumhs
SOV Wien-Nord

Rechnen ist nicht jedermanns Sache, vor allem dann, wenn es nicht ins Konzept paßt. Dieses ist: Privatisierungen sind eine tolle Sache, weil der freie Markt alles so gut reguliert. Verschuldete Staatsbetriebe werden zu modernen, profitablen Unternehmen. Das Service wird besser, alles

worden ist.

Bei der Gelben Post wird es mit dem freien Markt schon schwieriger – wer könnte schon einen parallelen Zustelldienst in den selben Ausmaßen aufbauen? Wahrscheinlich werden wir bald ein „neues Produkt“ beworben sehen: die „gleich-morgen-Briefzustellung“ innerhalb Wiens, die dann natürlich etwas teurer ist als die Gewöhnliche (die ja

Ausgliederung wurden mehr als 3.000 „MitarbeiterInnen abgebaut“. Die Arbeitsbelastung der Einzelnen ist natürlich dementsprechend gestiegen. Wo nicht beinahe abgebaut werden kann, wird anders gespart: Zuschläge (z.B. der Weihnachtszuschlag für Paketdienst) wurden gestrichen oder gekürzt, fest Angestellte durch billigere Aushilfskräfte mit 3-Monatsverträgen ersetzt. Überstunden sind keine freiwillige, außerordentliche Mehrleistung mehr, sondern fixer Bestandteil in der Personalplanung. Jobsicherheit wirkt ja bekanntlich Wunder bei der Bereitschaft, nach Bedarf zur Verfügung zu stehen. Und das „zusätzliche“ Geld haben die meisten auch dringend nötig. Detail am Rande: Auf Managementebene wurde ausgebaut und Gehälter erhöht...

Überstundenzwangsbeglückten wehren. Außerdem wurden sie zur Amtsleitung zitiert und nach allen Regeln der Kunst bearbeitet, es sich doch anders zu überlegen. Reihenweise standen die die eigentlich im (Pflege-) Urlaub und sogar im Krankenstand waren, frühmorgens im Postamt, um zumindest die Vorarbeit zu erledigen! Weil der/die Kollege/-in doch sicher nicht will, daß ihre (!) KundInnen die Post nicht pünktlich kriegen.

Die Gewerkschaft schaut zu?

Die Postgewerkschaft spielte schon bei den Umstrukturierungen eine wichtige Rolle darin, die Verschlechterungen den KollegInnen zu verkaufen. Jetzt macht der Vorsitzende schon Vorschläge für neue Aufgaben für Postler, wie Strom ablesen, Medikamente besorgen, etc., „Effizienzsteigerung“ nennen sie das. Bald werden Modelle vorgestellt werden, wie das aus Japan, wo Briefträger offiziell als Altenbetreuer nebenbei Einkäufe erledigen und Regale montieren (wo sie doch eh vorbeischauen...)

Erste Reaktion der KollegInnen: Sie treten in Gruppen aus der Gewerkschaft aus. Wenn es aber Gerüchte gab, daß sich KollegInnen zur Wehr setzen, wurde das allgemein begrüßt: In einem Postamt sollen sich am Tag der Umstellung rund 15 KollegInnen krank gemeldet haben. Es wäre notwendig, die Gewerkschaft dazu zu zwingen, Proteste zu organisieren, zu unterstützen und für den Stop bzw. die Rücknahme der Rationalisierungen und in letzter Konsequenz der Privatisierung zu kämpfen.

Wie schaut's aus am Postamt?

Ich habe einige Monate in einem Postamt gearbeitet. 40 Stden/Wo, 11.000 brutto, Arbeitsbeginn 6 Uhr. Eine ganze Reihe von KollegInnen mußten fast täglich um 4 Uhr beginnen – Personalmangel beim Vorsortieren. Ein Gewerkschafter hat errechnet, daß das vorhandene Aushilfspersonal genau ausreicht, um alle Urlaube abzudecken. Jeder Krankenstand bedeutet daher „Engpaß“. Wochenlang mußten ZustellerInnen täglich noch Häuser kranker KollegInnen mitbetreuen. Der Druck der Amtsleitung auf Mehrleistung war enorm, das Arbeitsklima war dementsprechend unerträglich. KollegInnen die einen Tag Pflegefreistellung genommen haben, Arztbesuche oder Amtswege zu erledigen hatten, mußten sich gegen den Zorn der

EGB

Zeit für eine gewerkschaftliche Bilanz.

Am 2. Juli wurde ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch erneut auch zum Präsidenten des „Europäischen Gewerkschaftsbundes“-EGB gekürt.

Ali Kropf
SOV Wien-Süd

Das sollte eigentlich Grund genug für eine gewerkschaftliche Bilanz über seine ersten 5 Jahre in dieser Position sein. Trotzdem war zumindest von offizieller Seite nichts zu sehen oder hören. Warum das ausgeblieben ist, ist auch leicht erklärbar, denn was hat Verzetnitsch bzw. der EGB in den vergangenen 5 Jahren erreicht? Im Großen und Ganzen nichts!

EGB ist ein zahnloser Papiertiger

Der EGB und mit ihm sein Präsident ist ein zahnloser „Papiertiger“, der es nicht einmal geschafft hat, in Bezug auf so wichtige Fragen wie Arbeitslosigkeit in Europa tatsächlich Stellung zu beziehen. Während zehntausende aktive GewerkschafterInnen und Arbeitslose aus ganz Europa an den von EUROMARSCH organisierten Demonstrationen gegen Neoliberalismus und Arbeitslosigkeit teilnehmen, klopft der EGB an die Tür der europäischen Wirtschaft und Politik und bittet, bei Verhandlungen über weiteren



Multifunktöner Verzetnitsch

Sozialabbau dabei sein zu dürfen. „Das ist die Politik für die die Namen Verzetnitsch und EGB stehen. So ist auch die Ankündigung des Schwerpunktes für eine EU-weite Arbeitszeitverkürzung mehr eine Drohung für die ArbeitnehmerInnen als für die Wirtschaft.“

Denn abgesehen davon, daß die „Gretchenfrage“ einer Arbeitszeitverkürzung – mit oder ohne Lohnausgleich – offen bleibt, ist Herr Verzetnitsch auch in Österreich vor mittlerweile 12 Jahren (!!) als Präsident des ÖGB angetreten, um bis 1990 die 35-Stundenwoche zu verwirklichen. Geschehen ist seitdem freilich nicht viel und so gibt die erneute Wahl Verzetnitschs zum EGB-Präsidenten kaum Hoffnung für aktive GewerkschafterInnen, sondern eher Gewißheit über weitere fünf „verlorene“ Jahre für die europäische Gewerkschaftsbewegung.



Privatisierte Post: Umstrukturierung einzig nach Profitlogik

billiger, die KonsumentInnen freuen sich. Die ersten Auswirkungen der „Postreform“ waren die Erhöhung der Telefongebühren für Privatverbraucher und jetzt Probleme in der Postzustellung. Grundkonzept ist die Aufteilung der alten Post in verschiedene Einzelbereiche – jeder bekommt seine „individuelle Lösung“. Die Telekom ist schon mittendrin im freien Markt. Wir KundInnen schlagen uns glücklich durch den Gebührenschlingel, bis wir draufkommen, daß es irgendwie nicht billiger ge-

jetzt nicht mehr gleich morgen erfolgt!... Auch die Schließung kleinerer, weniger frequentierter Postämter wurde schon überlegt, weil eben Profit das zentrale Interesse sein muß.

3.000 weniger = mehr Service?

„Rationalisierungsmaßnahmen im Personalbereich“ heißt die Zauberformel. Die Gewerkschaft beruhigt: „sozial verträglich“ weil mittels Vorruhestandsmodellen u.ä. Seit der

Fernfahrer

Die totale Blockade

In den letzten Wochen kam es zu Protesten und einer Lkw-Blockade rund um die Shopping City Wien Süd von Seiten der LKW Fahrer. Dies ist nicht weiter verwunderlich, wenn man/frau die Arbeitsbedingungen – wie erzwungene Fahrtzeitüberschreitungen – und die Bezahlung näher betrachtet

Barbara Fröschl
OG Wien-West

Die Situation der LKW Fahrer ist in mehrerer Hinsicht katastrophal. Obwohl es verboten ist, werden sie oft zu viel zu langen Fahrtzeiten gezwungen. Wenn sich die Fahrer weigern, die gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitszeiten zu überschreiten, müssen sie mit einer Kündigung oder anderen Sanktionen rechnen. Daß es sich keineswegs um Einzelfälle handelt, sondern illegale Methoden die Regel und nicht die Ausnahme sind, bestätigt der Fachsekretär der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr (HTV) Georg Eberl: „80% der Frächter sind schwarze Schafe. Sie setzen die Fahrer gehörig unter Druck und zwingen sie zu illegalen Methoden.“ Deshalb sind Fahrtzeiten bis zu 22 Stunden mit wenigen, kurzen Pausen, gefälschte Ladepapiere und manipu-

lierte „Tachoscheiben“ (die eigentlich zur Überprüfung der Fahrzeiten dienen sollten!) an der Tagesordnung. Die Strafmündate kann dann der Fahrer selbst bezahlen, wenn nicht der „Chef“ gnädigerweise einspringt. Daß solche Arbeitszeiten zu Übermüdung und mangelnder Konzentration führen, ist nicht weiter verwunderlich.

Eine Ebene, auf der die Frächter Druck auf die Fahrer ausüben, ist die finanzielle: bis 13000 gefahrene Kilometer erhält der Fahrer öS 1,10 Schilling Reiseersatzkosten pro km, ab dem 13001 km öS 1,60. Auch wird – trotz Verbot – oft nach der Fahrt und nicht nach Arbeitszeit bezahlt, was dann einen zusätzlichen „Anreiz“ für zu lange Fahrtzeiten bietet. Und nach Angaben der Gewerkschaft HTV werden bis zu 90% der LKW-Fahrer nach diesem „Schema“ entlohnt. So ergibt sich die miserable Bezahlung von durch-

schnittlich 80,- öS/Stunde und das auch noch brutto. Am Geldmangel der Frächter kann das aber scheinbar nicht liegen, denn die wollen gerade mit einer 20 Millionen Schilling teuren Imagekampagne den Transport auf der Straße weiter schmackhaft machen.

Außerdem ist das Image der LKW Fahrer in der Öffentlichkeit alles andere als ein Gutes, wie sich an der

logischerweise zu Übermüdung und mangelnder Konzentration führen, was der Grund für die häufigen Unfälle ist, fällt unter den Tisch. Die Methoden der Frächter werden erst gar nicht thematisiert, geschweige denn, daß ihnen ein Vorwurf gemacht wird. Darum greifen auch alle jetzt präsentierten „Lösungsvorschläge“ – wie Tunnelfahrverbot etc. – zu kurz, solange das Problem nicht



Protestkundgebung der LKW-Fahrer

Diskussion rund um den Unfall im Tauern Tunnel zeigt. Sie werden als rücksichtslos und aggressiv dargestellt, die Gründe werden nicht hinterfragt. Daß überlange Arbeitszei-

an den Wurzeln gepackt wird: Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Fahrer und Verlegung aller möglichen Transporte auf die Schiene.

Wie raus aus der Armuts

„Einbinden statt Ausgrenzen“ – neue Strategien gegen die Armut“, unter diesem Titel wurde im Juni eine Studie zur Armutssituation in Österreich und Reformvorschläge publiziert. Diese wurde vom Sozialministerium in Zusammenarbeit mit Sozialexperten aus Universitäten, Organisationen, Vereinen und dem Armutsnetzwerk erstellt.

David Mum
SOV Wien-Süd

Armut wird als Mangel an Mitteln definiert, der eine Teilhabe an zentralen gesellschaftlichen Bereichen zumindest in einem Mindestmaß verunmöglicht.

Wenn man alle Menschen als arm bezeichnet, die weniger verdienen als die Hälfte des durchschnittlichen Pro Kopf – Einkommens, das sind weniger als ÖS 7.500,-/Monat, dann sind ca. eine Million Menschen in Österreich armutsgefährdet. Ohne das Sozialsystem würden 40% der Bevölkerung unter der Einkommensgrenze liegen.

Wird zusätzlich ein „Mangelindikator“ erfüllt – Substandardwohnung, Zahlungsrückstände bei Miete und Strom, finanziell bedingte Einschränkungen im Ernährungsbereich – dann wird in der Studie von Armut gesprochen. In Österreich sind 420.000 Menschen, oder 5% der Bevölkerung arm.

10% aller Vollzeit unselbstständig Erwerbstätigen haben Nettoeinkom-

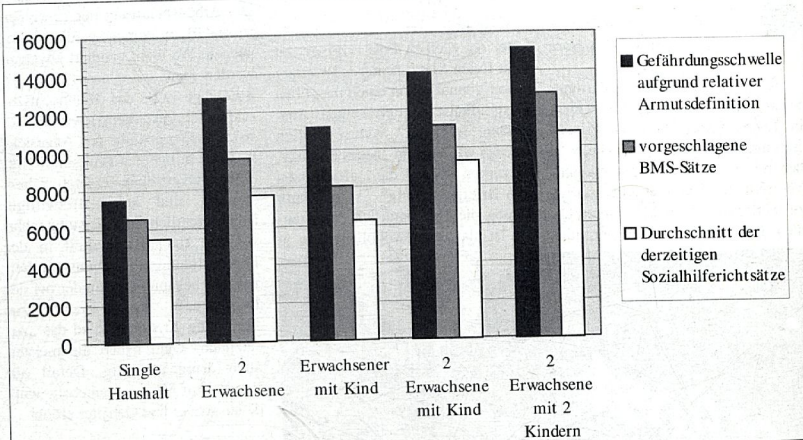
men von weniger als ÖS 10.000,- pro Monat. 6% der Bevölkerung wohnen in 150.000 Substandardwohnungen. Die Mieten stiegen in den letzten zehn Jahren doppelt so stark wie die Verbraucherpreise insgesamt. Von 700.000 Arbeitslosen pro Jahr sind fast 200.000 länger als sechs Monate arbeitslos. Von den registrierten Arbeitslosen haben fast 20% körperliche oder psychische Behinderungen, von den Langzeitarbeitslosen ein Drittel.

Welche Menschen sind von Armut betroffen?

✕Besonders betroffen von Armut sind aufgrund der mangelnden Qualifikation Personen, die nur Pflichtschulabschluß besitzen.

✕Alleinerziehende Mütter, Auszubildende, Kranke und Invalide gelten als Personen mit generell unzureichenden Erwerbschancen.

✕Langzeitarbeitslose, und die „neue“ Gruppe der „Working poor“ (geringfügig Beschäftigte, neue Selbstständige, untere Einkommens-



Armut in Zahlen: Bezahlte wird unter der „Gefährdungsschwelle“

gruppen) sind ebenfalls stark von Armut bedroht oder betroffen.

✕Auch PensionistInnen und erwerbslose geschiedene Frauen haben immer weniger Geld zur Verfügung und einen zunehmend niedrigen Lebensstandard.

✕Weiters sinken besonders hoch Verschuldete oft weit unter die Armutsgrenze und können dem Teufelskreis der Verschuldung nicht mehr entkommen.

✕Insbesondere soziale Randgruppen, wie Haftentlassene, Obdachlose, Drogen-/Alkoholranke oder Spieler sind meist von Armut betroffen.

✕Auch bei Behinderten, MigrantInnen aus Nicht-EU-Ländern oder Substandardwohnenden schnappt die Armutsfalle nicht selten zu.

Wenn man alle diese armutsgefährdeten Gruppen zusammen nimmt, zeigt sich, daß Armut kein „Rand-

gruppenproblem“ ist, sondern einen großen Teil der Gesellschaft betrifft. Armut führt dazu, an vielen Dingen, die für die meisten Menschen (noch) selbstverständlich sind, nicht teilhaben zu können. 69% der armen Personen fahren nicht auf Urlaub, 60% haben kein Auto, 48% (!) können sich aus Kostengründen keine Freunde einladen, 40% haben keine Kategorie A oder B-Wohnung.

Tatsachen sprechen eine klare Sprache

Nicht jede oder jeder, der/die arbeitslos ist, wird vom Arbeitsmarktservice (AMS) betreut. Gerade Frauen verlieren oft nach der Karenzzeit ihren Job, melden sich aber nicht arbeitslos, weil sie sich entscheiden, doch „zu Hause“ zu bleiben. Wie sieht nun die Situation jener Menschen aus, die diese „Betreuung genießen“ und darum Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe bekommen? Die Bundesregierung rühmt sich, daß die Arbeitslosenzahlen zurückgehen. Stimmt das wirklich? Und warum? Ein Blick auf die Realität hinter den Zeitungsmeldungen.

Michael Gehmacher
SOV-Gewerkschaftssprecher

Auf dem Rücken der Arbeitslosen wurden in diesem Jahrzehnt zwei Sparpakete geschmürt. Beim Arbeitslosengeld (in den ersten 6 Monaten der Arbeitslosigkeit) wurde der Berechnungszeitraum ausgedehnt und verschlechtert. Dienten früher die letzten 6 Monate der Erwerbstätigkeit als Grundlage, so wird jetzt das Vorjahr oder das Vorvorjahr zur Berechnung herangezogen. Meistens finden Lohnerhöhungen, Biennalsprünge oder ähnliches aber zum Jahreswechsel statt. Diese fallen dann aus der Berechnungsgrundlage, was sich negativ auf die Höhe des Arbeitslosengeldes auswirkt.

Von der Hand in den Mund leben ...

Mehr als 10% der Bezieher und fast die Hälfte der Bezieherinnen des Arbeitslosengeldes erhalten mittlerweile weniger als 7.000,- öS. Die Zahlen bei der Notstandshilfe sind noch krasser: 30% der männ-

lichen und 60% der weiblichen Betroffenen fallen unter diese Grenze. Durch die Berechnungsmethode wird die Notstandshilfe auch bei jeder der jährlichen Neuberechnungen kleiner, vor allem BezieherInnen, die einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen sind davon stark betroffen.

Frauen besonders betroffen

Auffallend sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Ursachen dafür: Frauen haben oft die schlechteren Jobs und arbeiten oftmals Teilzeit. Dazu kommt, daß bei der Notstandshilfe das „Partnerneinkommen“ in die Berechnung einbezogen wird. Verdient der/die PartnerIn mehr als 6.000,- öS, so wird die Notstandshilfe gekürzt. Gibt es unterhaltspflichtige Kinder, so wird der Betrag geringfügig erhöht. Oft fällt durch diese Berechnungsmethode die Notstandshilfe sogar ganz aus, was sich zusätzlich noch negativ auf die Pension auswirkt.

Nach dem „großen“ Sparpaket '96 gibt es jetzt tägliche „kleine

Sparpakete“, vor allem durch die Verschärfung der „Zumutbarkeitsbestimmungen“. Rund 30.000 Frauen wurde im Vorjahr die Arbeitslosigkeit verweigert. Beispiele: Eine Frau hatte „überhöhte Gehaltsforderungen“ (Zitat aus einem ablehnenden Bescheid) – sie forderte beim Vorstellungsgespräch 9.000,- öS anstelle von 7.000,- öS.

Frau M. wurde die Notstandshilfe entzogen, weil sie ein schwerkrankes Kind zu versorgen hat und daher dem „Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht“. Sie lebt heute von der Sozialhilfe. Frau K. wurde die Ablehnung von der Notstandshilfe empfohlen, weil sie dann „dem Druck der Arbeitsvermittlung nicht mehr ausgesetzt“ ist.

Der Alleinerzieherin Frau H. wurde die Notstandshilfe von 3.000,- öS gestrichen, da keine „Notlage“ vorlag – sie bekam nämlich noch 3.000,- öS Unterhaltszahlung von ihrem Ex-Mann. Sie lebt heute, mit 48 Jahren, von Ersparnissen und muß von ihren Eltern unterstützt werden! (Alle Beispiele stammen von der Arbeitsgemeinschaft Frauen und Armut)

Kein Herz für Mütter und Kinder

Auf Mütter mit Betreuungspflichten wird nur mehr in den ersten 6 Monaten der Arbeitslosigkeit Rücksicht genommen, legt die

Dienstanweisung 6/7 der Sozialministerin vom Frühjahr 1998 fest. Danach muß auch ein Job angenommen werden, wenn keine Kinderbetreuung zur Verfügung steht.

Michael T. war bis Juli 98 bei AMS-Wien/Geschäftsstelle Bekleidung, Druck und Papier tätig. Er schreibt in seinem Kündigungsschreiben: „Die Dienstanweisung 6/7 schreibt mir vor, alle Mütter mit Betreuungspflichten aus dem Arbeitsmarkt wegzudrängen. Sie sollen zur Abmildung des Arbeitslosenbezugs überredet, oder über Sanktionen in die Sozialhilfe gedrängt werden.“ Und weiter: „380 Mütter hätte ich in den folgenden 6 Monaten aus dem Bezug drängen sollen“. Er kündigte bei AMS, weil er dies mit seinem Gewissen nicht vereinbaren konnte.

Keine Trendwende in Sicht

Auch zur Annahme von Teilzeitsjobs mit sehr geringem Verdienst werden immer mehr Menschen gezwungen. Ginge es nach der FPÖ, wäre nach 6 Monaten sowie Schluss mit der Arbeitslosenunterstützung (siehe täglich Alles vom 10.8.97).

Zynisch ist es auch, wenn Regierungspolitiker von einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen oder gar von einer „Trendwende am Arbeitsmarkt“ sprechen. Diese Trendwende ist wahrscheinlich reine Statistikfälschung zu Wahlkampfzwecken. Geht man davon

aus, daß im Jahresdurchschnitt ca. 250.000 Menschen beim AMS als arbeitsuchend gemeldet sind, so verschwinden ab Mai 99 schrittweise 43.000 Menschen in „Schulungsmaßnahmen“ (siehe Vorwärts 94 – Juni/Juli 1999), das sind im Schnitt 7.200 Menschen monatlich. Sie scheinen dann nicht mehr in der Statistik auf. Die zweite Frage: Was passiert mit denjenigen, die aufgrund der Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen die Unterstützung verloren haben?

Geschönte Statistik

AMS-Wien war zu keiner Stellungnahme fähig, ob die mehr als 30.000 Verweigerungen bzw. Sperren in die Arbeitslosenstatistik eingehen oder nicht. Anneliese Erdemgil-Brandstätter von der „Arbeitsgemeinschaft Frauen und Armut“: „Seitdem Betreuungspflichten von Frauen mit Kindern nicht länger als Grund für die Nichtannahme eines Arbeitsplatzes akzeptiert werden, verlieren viele Mütter den Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Notstand und verschwinden somit aus der Statistik.“

Addiert man die Leute in Kursen und die Sperrungen zu den offiziellen Arbeitslosenzahlen, so erkennt man, daß hier nur das Wahlvolk für blöd verkauft werden soll. Welche Qualität allfällige neue Jobs heute haben ist dann natürlich eine andere Frage.

falle?

Lebensstandardprinzip

Das österreichische Sozialsystem ist so gestaltet, daß viele Leistungen davon abhängig sind, wieviel man „vorher“ verdient hat. z.B. bei der Pension, dem Arbeitslosengeld, der Notstandshilfe. Dafür wurden auch Beiträge entrichtet. Das Ziel ist ein „Lebensstandardprinzip“. Jemand der arbeitslos wird, soll sich seinen Lebensstandard erhalten können, bis er eine neue Arbeit findet. Wer in Pension geht, soll sein Leben weiterführen können, ohne aus der Wohnung ausziehen zu müssen.

Real ist das für Menschen, die ein niedriges Einkommen haben oft nicht möglich. Z.B. beträgt das Arbeitslosengeld nur 60% der Erwerbseinkommens, und die Notstandshilfe etwa 90% des Arbeitslosengelds. Wenn jemand aber mit seinem Lohn gerade durchgekommen ist, reicht für ihn/sie diese Absicherung nicht

der Beschäftigten und den Löhnen steigen.

In Verbindung mit der Einführung der Wertschöpfungsabgabe für die Dienstgeberbeiträge würde auch die Bemessungsgrundlage für die Beiträge steigen. Diese bemißt die Beiträge der Unternehmer nicht nach der Lohnsumme, sondern der gesamten betrieblichen Wertschöpfung. Dadurch kommt es nicht zu den starken Einnahmeausfällen, wenn Arbeit durch Kapital ersetzt wird.

Strategien

Wichtig ist es zu erkennen, daß gegen Armut und Ausgrenzung ein politische Kampagne geführt werden muß. Armut hat ihre wesentliche Ursache auf dem Arbeitsmarkt, deswegen ist Armut nicht nur eine Frage von Sozialpolitik, sondern auch der Einkommens- also Lohnpolitik.



Armut wird zum Massenphänomen

aus. Bei einem Nettoeinkommen von ÖS 11.000,- 14 mal jährlich bleiben weniger als ÖS 7.000,- Arbeitslose zwölfmal. Das betrifft mehr als 10% der Bezieher und fast die Hälfte der Bezieherinnen. Bei der Notstandshilfe betrifft dies 30% der männlichen und 60% der weiblichen Leistungsempfänger.

Von den Sozialwissenschaftlern und den Vereinen wird deshalb in der Studie ein Mindesteinkommen von ÖS 6.500,- bis ÖS 8.000,- für ehemalige Vollzeitbeschäftigte vorgeschlagen. Der Vorschlag zielt zwar in die richtige Richtung und würde eine Verbesserung für viele Betroffene bedeuten. Das „Lebensstandardprinzip“ für die, die es tatsächlich brauchen, wirklich umzusetzen heißt aber, daß im Falle von Arbeitslosigkeit bei den Niedrigeinkommen eine Leistung in Höhe des Lohnes weiter gezahlt wird. Das fordert die SOV.

In der gesamten EU hat sich in den letzten Jahren die soziale Polarisierung verschärft: Die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer. Es gilt hier gegen zu steuern: Zunächst soll die Erwerbslosigkeit durch eine radikale Arbeitszeitverkürzung – 30 Stundenwoche bei vollem Lohn und Personalausgleich – bekämpft und ein Mindestlohn von 13.000 S netto eingeführt werden. Das ist eine effektive Form der Armutsvermeidung und außerdem wird dadurch eine Steigerung der Beitragseinnahmen erreicht, weil diese vom Lohn abgezogen werden und daher mit der Zahl

Während sich bisher Armut vor allem auch über das Ansteigen der Arbeitslosenrate ausdrückte, sind durch Flexibilisierung, Aufweichung von Kollektivverträgen... auch immer mehr Beschäftigte sind von Armut betroffen. Die „Working poor“ sind ein wachsender Sektor, der über den Lohndruck (und damit höheres Armutsrisiko) Druck auf alle anderen Bereiche und Sektoren ausübt. Die Organisation von Arbeitslosen und „Working poor“, und gemeinsame Gegenwehr mit den traditionellen Organisationsformen der ArbeiterInnenklasse – also den Gewerkschaften – wäre das Gebot der Stunde.

Doch genauso wie die Gewerkschaftsspitze fast überall in Europa nicht in der Lage war den massiven Sozialabbau der 90er abzuwehren, versucht sie bis jetzt kaum mit von Armut Betroffenen Gegenwehr auf die Beine zu stellen. Alle relevanten Initiativen – z.B. Euromarsch – der letzten Jahre kamen „von unten“ und stießen oft auf Ablehnung und Ignoranz von Seiten vieler Gewerkschaften.

Die SOV unterstützt die Organisation von Betroffenen und arbeitet z.B. bei Euromarsch oder der Initiative „AM Sand“ mit. Wir treten für eine breite, internationale Mobilisierung für Arbeitszeitverkürzung und Mindestlöhne ein, für eine Vernetzung und Zusammenarbeit aller kämpferischen Initiativen, BetriebsrätInnen und SozialistInnen gegen Armut, Ausbeutung und Ausgrenzung.

Armutsbekämpfung durch:

Karenzgeld für alle?

Die Familie ist eines der beliebtesten Wahlkampfthemen. Im Moment steht dabei hauptsächlich die Forderung nach einem „Karenzgeld für alle“ im Vordergrund. Die ÖVP möchte damit vermitteln, daß sie jenen Frauen mit Kindern unter die Arme greifen will, die bis jetzt keine finanzielle Absicherung erhalten haben, also hauptsächlich Studentinnen und Hausfrauen. (1998 erhielten ca. 7000 Frauen mit Kindern kein Karenzgeld.) Was sich jedoch dahinter verbirgt, ist keine Armutsbekämpfung, sondern ein konservatives Familienmodell, das Frauen über die direkte Entlohnung der Kindererziehung stärker an „ihre Rolle“ als Hausfrau und Mutter binden soll.

Claudia Sorger
SOV-Frauensprecherin

Der Grundgedanke des Karenzgeldes ist, den Entfall des Einkommens während der Karenzzeit zu ersetzen (was allerdings bei der derzeit geringen Höhe von nämlich 5.565,- Schilling monatlich kaum gelingen kann). Finanziert wird das Karenzgeld zu 70 Prozent aus Beiträgen, die auf der Lohnsumme beruhen (der Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds) und zu 30 Prozent aus der Arbeitslosenversicherung.

Der ÖVP-Vorschlag

Der Vorschlag der ÖVP würde eine Umwandlung des Karenzgeldes von einer Versicherungsleistung für ArbeitnehmerInnen zu einem einheitlichen Erziehungsgeld bedeuten – das heißt alle Personen, die Kinder betreuen, würden unabhängig von einer Erwerbstätigkeit, Geld erhalten. Die eigentlichen Probleme werden nicht gelöst, nämlich die immer schwieriger werdenden Situation für KarenzgeldbezieherInnen, die durch den Sparkurs der Regierung entstanden ist.

Durch die „Sparpakete“ der letzten Jahre wurde eine Umschichtung zu Lasten einkommensschwacher Familien vorgenommen und besonders betroffen sind – wie so oft – Alleinerzieherinnen.

Wirkliche Rechte statt Almosen

Das erhöhte Karenzgeld wurde durch einen Karenzzuschuß ersetzt und damit als direkte Leistung abgeschafft, die Geburtenbeihilfe (ursprünglich 15.000,- Schilling) gestrichen, das Pflegegeld gekürzt (die Pflege von Angehörigen wird vor al-

lem von Frauen geleistet), die Regelung zum Bezug der Arbeitslosenversicherung verschärft und der zweijährige Bezug des Karenzgeldes an die Aufteilung zwischen Mutter und Vater gebunden. Besonders drastisch sieht die finanzielle Situation für Alleinerzieherinnen aus – diese wurden nämlich durch die Einsparungen der Regierung noch zusätzlich belastet. Für sie ist generell nur mehr eineinhalb Jahre Karenzurlaub möglich und die Zahl jener Al-

halb an die Erwerbstätigkeit gebunden bleiben, um diese Entwicklung nicht noch zusätzlich zu unterstützen.

Die finanzielle Absicherung während der Karenzzeit muß gewährleistet sein – das Karenzgeld muß existenzsichernd sein: Das kann dadurch erreicht werden, daß die Höhe des Karenzgeldes an die Höhe eines längst fälligen Mindestlohnes von ÖS 13.000 netto gekoppelt wird. Wie beim Arbeitslosengeld wollen wir, daß das Karenzgeld einen Prozentsatzes des Einkommens ausmacht (einkommensbezogenes Karenzgeld). Dadurch wäre auch die finanzielle Grundlage dafür geschaffen, daß Männer die Aufgabe der Kinderbetreuung übernehmen.

Die SOV fordert: wirkliche Existenzsicherung

Andererseits soll die Vereinbarkeit



Regierung: Beruf und Familie sollen kein Widerspruch sein ...

leinerzieherinnen, die einen Zuschuß zum Karenzgeld bekommen, ist drastisch gesunken.

Das alles zeigt, daß mit der Forderung nach einem Karenzgeld für alle keine Armutsbekämpfung betrieben wird. Sondern es findet lediglich eine ideologische Offensive für die Bezahlung der Frauen für Kinderbetreuung, und somit das Hinausdrängen aus dem Arbeitsmarkt statt.

Dabei ist es schon jetzt für Frauen schwierig, nach der Karenzzeit den Wiedereinstieg in den Beruf zu schaffen. Das Karenzgeld soll des-

von Beruf und Kindern gefördert werden. Laut Aussage des Frauenministeriums fehlen in Österreich 200.000 Kinderbetreuungsplätze. Durch die Streichung des halben Karenzjahres wurde die Schaffung von schätzungsweise weiteren 40.000 Kinderbetreuungsplätzen notwendig. Dieser Mangel muß behoben werden, um Frauen nicht durch fehlende Kinderbetreuungsplätze an der Erwerbstätigkeit zu hindern. Zusätzlich muß die Behalterfrist für Karenzrückkehrerinnen verlängert werden.

Jetzt bestellen!

Das SOV-Frauenprogramm
3. völlig überarbeitete Auflage

- Frauenbild in der Gesellschaft
- Erwerbsarbeit
- Sozialabbau
- Gewalt
- Sexualität
- Migrantinnen
- Frauen international
- Wir schlagen zurück!

Preis: öS 50,- einzahlen auf PSK
8812.733 (Name und Adr. angeben)



Diskussionsbeitrag

Kultur & Sozialismus

Oft genug wurde die Debatte um Sozialismus und notwendige gesellschaftliche Veränderungen auf einer rein ökonomischen Ebene geführt, andere Aspekte als ausgeblendet, so auch die Emanzipation der Menschheit. In diesem Sinne haben einige SOVlerInnen zum Thema »Kultur und Sozialismus« ein Seminar abgehalten. Im folgenden soll eine der grundlegenden Diskussionen aus meiner Perspektive kurz umrissen werden.

Florian Seidl
SOV Wien Nord

Historisch gibt es 2 grundlegend verschiedene Auffassungen von der Rolle sozialistischer Kulturpolitik: Den Bolschewiki sollte sie zur Emanzipation der Proletariat nach der Revolution dienen, und dem italienischen Kommunisten Antonio Gramsci sollte der Kampf um die kulturelle Hegemonie durch das Proletariat noch im Kapitalismus fast schon als Ersatz für den Kampf um die ökonomische Macht dienen.

Kulturelle Hegemonie

Gramsci hat erkannt, daß der Staat in Friedenszeiten weniger direkt durch seinen Repressionsapparat herrscht, als indirekt über die »Zivilgesellschaft« (ein heute gerne in allen möglichen und unmöglichen Zusammenhängen zitiertes Wort), die anders als der Staatsapparat nicht mit Zwang, sondern vor allem mit »Überzeugung« arbeitet. Der Kampf muß daher in solchen Zeiten kein unmittelbarer sein, sondern ein Kampf um die Hegemonie über die eigene Klasse. Gramsci schreibt dabei zwar immer über die Notwendigkeit eines Umsturzes der ökonomischen Verhältnisse, verschiebt ihn aber an das Ende des Hegemoniekampfes.

Eine solche unzulässige Verkürzung ist sicher nicht zielführend. Der Kampf um die kulturelle Hegemonie kann wohl kaum ohne den Kampf um die Macht geführt, geschweige denn gewonnen werden. Genauso wenig ist es aber umgekehrt, der Kampf um eine bessere Gesellschaft kann nicht auf den Kampf um Veränderung der ökonomischen Machtverhältnisse reduziert werden. Die gesellschaftlichen Widersprüche lassen sich eben nicht

alle auf den ökonomischen reduzieren, der Kampf um Befreiung kann nicht nur über diesen geführt werden.

Hauptwiderspruch

So haben sich jene, die sich gegen eine bestehende Bewegung auch zu anderen Fragen auf den rein ökonomischen Kampf berufen haben, da-



Sozialismus und Kultur

mit einem realen Fortschritt verbunden. Wie z.B. die CGT bei den StudentInnenaufständen 1968, indem sie sowohl die ArbeiterInnen vom Kampf um kulturelle Emanzipation als auch die StudentInnen vom Kampf der ArbeiterInnen um ökonomische Befreiung getrennt haben.

Es gibt eben nicht nur einen Widerspruch und nur einen Kampf. Und es ist sicher nicht unsere Aufgabe, denen, die um kulturelle Befreiung kämpfen, um Frauenbefrei-

ung kämpfen, zu erklären, daß sie stattdessen einen ökonomischen Kampf führen müssen. Ganz im Gegenteil, wir müssen genau diese Trennung bekämpfen, ohne dabei alles auf das ökonomische zu reduzieren. Wir müssen für einen Kampf auf allen Ebenen stehen. Natürlich wäre es sehr ungeschicklich, immer und überall dafür zu sein jeden Kampf zu führen, aber taktische Überlegungen dürfen nicht zur Ausrede für ein Prinzip (zuerst Sozialismus, dann schauen wir weiter) werden.

Auch Kultur ist Sozialismus

Unser Kampf muß auch ein kultureller sein. Wir müssen unsere Vorstellungen von Kultur entwickeln und nach außen tragen, ja überhaupt um Kultur als gesellschaftliches Phänomen kämpfen. Kultur, wie wir sie wollen, Wissenschaft, Technik, Sport, Kunst,... jenseits von Objektivität und Elfenbeinturm, kann niemals losgelöst von Bewegungen, Kämpfen, Widersprüchen existieren, läßt sich eben nicht auf die/den Einzelne/n reduzieren. Gerade wir müssen den Kampf um Kultur einfordern, auch innerhalb linker und gewerkschaftlicher Zusammenhänge, und nicht einfach hoffen irgendwann alles übernehmen und einfach umdrehen zu können.

Einen integralen Kampf zu führen kann und darf für uns nicht heißen, die ArbeiterInnenklasse als revolutionäres Subjekt aus den Augen zu verlieren und uns wiederum nur um andere gesellschaftliche Widersprüche zu kümmern. Aber es ist insbesondere unsere Aufgabe, die Kämpfe zu integrieren, nicht zu trennen, uns bewußt zu werden, daß wir in unseren eigenen Reihen, in hoffentlich kommenden Bewegungen und auch in der Klasse als solches um mehr als nur um die Vergesellschaftung der Produktionsmittel kämpfen werden müssen. Wir kämpfen darum alle - nicht nur ökonomische - Ketten, an die Menschen gelegt sind, zu zerreißen.

Buchpreisbindung fällt

Billiger Schrott

Harry Mahrer
SOV Wien-West

Libro brachte beim Europäischen Gerichtshof eine Klage gegen die Buchpreisbindung ein und gewann das Recht auf Preiskampf. Libro



Qualität durch »freien Markt«???

reibt sich die Hände, er darf nun endlich seine Bücher verramschen. Die Sache hat, wie im Kapitalismus meist, wenn was gut für die Großen ist, einen Haken für die Kleinen.

Masse für die Massen,...

Die Buchpreisbindung entzog Büchern zu einem gewissen Grad den Marktgesetzen, beschränkt zwar, aber immerhin. Verlage konnten die Preise für ihre Bücher festsetzen, sie durften nicht unter diesem Preis verkauft werden. Die Verlage subventionierten somit innerhalb ihres Verlagsprogrammes quer. Der Preis für gut verkäufliche Bücher wurde etwas höher angesetzt als die Marktpreise es vorschreiben würden, der Preis für Bücher, die ein weniger großes Publikum anzogen, dafür etwas herabgesetzt. Genau das liegt nicht im Sinne Libros, der verkauft nämlich nur Massenware. Außerdem: Miese Qualität verursacht weniger Kosten. Weniger Titel auf Lager zu haben, kein wirkliches Bestellwesen aufrechtzuerhal-

ten, wenig Fachpersonal kosten weniger als all dies eben schon zu haben. Der Kostendruck auf Buchhandlungen steigt, da sie bis jetzt mit den höheren Preisen für Besteller eben auch dieses Service finanziert haben. Fazit: »Nicht-massenware« wird teurer. Schöner neuer Büchermarkt eben.

Den Kampf gegen den Fall der Buchpreisbindung haben die Verlage, die BuchhandlungsbesitzerInnen und LiteratInnen nicht wirklich geführt. Nun gut, sie beschäftigten AdvokatInnen und sie füllten die Feuilletons mit Kroko-Tränen, aber seit wann läßt sich der Kapitalismus (noch dazu mit Turbo) von solchen Kinkleritzchen aufhalten?

Es gäbe auch die Möglichkeit VerlagsmitarbeiterInnen, BuchhändlerInnen, BuchdruckerInnen, ... zu mobilisieren. Es geht schließlich nicht nur um Kultur, sondern auch um ihre Arbeitsplätze. Libro ist einer der Vorprescher wenn es um Ladenöffnungszeiten, Flexibilisierung, Rationalisierung und Billiglöhne geht. Die zuständige Fachgewerkschaft GPA hat sich bis jetzt in diesen Konflikt nicht eingebracht.

Masse will eh nur Masse?

Warum soll eigentlich einE Rosamunde-Pilcher-LeserIn einE Artmann-LeserIn subventionieren? Finanziert die ArbeiterInnenklasse die »Marotten« des BildungsbürgerInnenums? SozialistInnen fordern Zugang zu Kultur für Alle, daher muß Literatur, Sach- und Fachliteratur,... leistungsfähig sein. Daß die ArbeiterInnenklasse einen inhaltlichen Zugang zu Literatur findet, (bzw. auch selbst Literatur schafft), ist Aufgabe der ArbeiterInnenbewegung. Wir sind daher für eine Preisreduktion bei Büchern (zum Beispiel Studienausgaben im Taschenbuch, Buchgemeinschaften statt Buchhandel; etc.), aber eben nicht für billigen Schrott und teure Qualität.

Die SOV-Sommer-Ortsgruppe und andere Veranstaltungen, bei denen Du uns treffen kannst:

Jetzt aktiv werden!

Die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) ist eine sozialistische Organisation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Wir sind aktiv gegen Sozialabbau und die rechte Scheinopposition der FPÖ. Die SOV tritt für den Aufbau einer neuen sozialistischen ArbeiterInnenpartei und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung ein - für Sozialismus! Die SOV ist gemeinsam mit Organisationen in über 30 Ländern im Komitee für eine ArbeiterInneninternationale organisiert.

Die SOV interessiert mich, ich möchte:
☐ zu Veranstaltungen eingeladen werden
☐ Mitglied der SOV werden

VORWÄRTS abonnieren!

- sozialistisch
- antifaschistisch
- international

Jeden Monat neu:

Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!

Ja, Vorwärts interessiert mich, ich möchte:

- ☐ ein Normal-Abo (10 Nr. öS 200,-)
- ☐ ein Sozial-Abo (10 Nr. öS 100,-)
- ☐ Gewerkschaftszeitung »Die Einheit« (Jahresabo 4 Nummern öS 100,-)
- ☐ ...Stk Vorwärts zum Weiterverkaufen (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)



Termine

SOMMER-ORTSGRUPPE

28.7. »Die Linke in Europa« - Gemeinsam oder getrennt, Bilanz der EU-Wahlen, Perspektiven für die Zukunft

4.8. »Italien: Geschichte von unten« - Italien, daß Land von Musolini, Roten Brigaden und der RC

11.8. »Die Frau als Subjekt der Politik« - Wie sieht die Realität aus - Beispiele aus Österreich und international

18.8. »Spanien 1939: Warum ist der Bürgerkrieg gescheitert« - Streitgespräch zwischen VertreterInnen verschiedener linker Ansätze

25.8. »Zehn Jahre Kapitalismus in Osteuropa« - Bilanz eines Desasters

1.9. »Was bleibt von den Grünen, wenn sich die Linke abspaltet«

außerdem jeden Donnerstag
9.-11.00 Aktion AMS-Pasettistraße

SOV-Stand am Volksstimmfest 4/5.9.



Neues
aus dem
CWI

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI) – Committee for a Workers' International (CWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

Nigeria I

Mord an StudentInnen

Am frühen Morgen des 10.7. wurde in Ile-Ife, Nigeria, die Schlafstätte der Universität, von Mitgliedern einer reaktionären, staatstreuen Sekte gestürmt. Sie erschossen fünf AktivistInnen – darunter auch führende StudentInnengewerkschafter und Mitglieder der DSM – zwei weitere starben im Krankenhaus und etliche andere StudentInnen wurden verletzt. In Ile-Ife sind auch Mitglieder des Democratic Socialist Movement DSM (nigerianische Schwesternorganisation der SOV) aktiv und kämpfen radikal gegen das korrupte Regime. Dieser Überfall durch eine Sekte, die von der Universitätsleitung zumindest geduldet, wenn nicht unterstützt wurde, ist seitdem in allen Medien und hat nun eine riesige Protest- und Solidaritätswelle zur Folge. Die Universitätsleitung ist inzwischen untergetaucht.

Die AktivistInnen fordern die Absetzung der Universitätsleitung und Fahndung nach den Mördern. Weiters die Wiederzulassung der 1996 wegen ihrer Unterstützung für Ken Saro Wiwa von der Uni verwiesenen StudentInnen, und den ebenfalls schon lange geforderten Ausschluss aller Sektenmitglieder.

Nigeria II

Demokratie-Lüge

Ein weiterer Beweis für die „Demokratielüge“ in Nigeria war die Inhaftierung des Vorsitzenden der JournalistInnengewerkschaft und Mitglieds des DSM, Lanre Arogundade. Er ist dem Regime schon lange ein Dorn im Auge, konnte von ihnen auf legaler Basis aber noch nicht zum Schweigen gebracht werden. So stellten sie ihn kurzerhand unter Mordverdacht – ein faden-scheiniger Vorwand, der von niemandem geglaubt wurde – in der Hoffnung, ihn mittels Todesstrafe endlich aus dem Verkehr zu ziehen. Dank weltweiter Proteste, konnte vorläufig das Schlimmste verhindert werden, und Lanre wurde nach 20 Tagen Haft auf Kaution freigelassen, steht aber nach wie vor unter Anklage. Das bedeutet, daß auch die Proteste anhalten müssen, um die Regierung weiterhin unter Druck zu setzen. Was das neuerdings erschwert, ist die Entscheidung einiger großer Zeitungen, die Berichterstattung über Lanre Arogundade einzustellen.

Nigeria - Solidarität

Solidaritätsnoten an die SOV:

Fax 01-524 63 11

Protestnoten an die Nigerianische Botschaft:

Fax 01-714 14 02

Spenden an: PSK 8812.733 (Lanre)

Iran

StudentInnen gegen den Staat

Die größten Demonstrationen und Gegendemonstrationen seit der „Revolution“ vor 20 Jahren erschüttern den Iran. Um den tagelangen Unruhen im ganzen Lande (Massendemonstrationen mit Ausschreitungen in allen großen Städten, z.B.: Isfahan, Rascht, Hamedan...) die durch die StudentInnen-Proteste in Teheran ausgelöst wurden ein Ende zu setzen, organisierte das Ajatollah-Regime Mitte Juli eine Massenkundgebung mit ca. 100.000 Beteiligten.

Paul Rhea-Klein
SOV Wien-Mitte

„Gründliche Säuberungen“ wurden von den „Hardlinern“ angekündigt. Vor allem die Tatsache, daß alle Leute die auf regimiekritischen Demonstrationen festgenommen wurden, wegen „Verrat an der Revolution“ angeklagt werden sollen, hängt wie ein Damoklesschwert über der StudentInnenbewegung. Eine Verurteilung nach diesem Paragraphen bedeutet nämlich die Todesstrafe.

Die Proteste der StudentInnen wurden durch das Verbot der Zeitung Salam ausgelöst, einer „liberalen“ Zeitung die durch einen der führenden Reformer geleitet wurde. Die Forderungen der Bewegung verbreiteten sich schnell: Abschaffung von Zensur und Polizeistaat und den dafür stehenden Polizeichef Lotfian. Nicht gefordert wurde allerdings der Sturz des Regimes.

Welche Auswirkungen die Demonstrationen auf die Zukunft des Irans haben werden ist noch nicht klar. In den meisten westlichen Medien wird nur von einem Machtkampf zwischen Reformern und Hardlinern gesprochen, in dem die Bevölkerung nur eine Statistenrolle spielt. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Das Modell des „Gottesstaates“ steckt in der tiefsten Krise seiner Geschichte. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 25 %. Die Hälfte der Bevölkerung sind Jugendliche: Sie haben den Schah, sowie die Revolution (und ihre positiven, antiimperialistischen Elemente) 1979 nicht bewußt miterlebt und sieht in der derzeitigen Situation keine Perspektive. Die sogenannten Reformer haben auch nichts anzubieten: Die Wahl von Khatami zum Präsidenten wurde im Westen als Meilenstein in Richtung Demokratie gefeiert. Doch Khatami hat sich von den jetzigen Protesten



Iran: Niedergeprügelte DemonstrantInnen

distanziert. Darüber hinaus steht er – wie alle führenden Reformer – bloß für einen moderateren Gottesstaat, der vor allem seinen Markt für den Westen öffnet und mit dem Imperialismus kooperiert. Nicht zuletzt deshalb werden die „Reformer“ von Teilen der Bevölkerung auch für die katastrophale wirtschaftliche und soziale Situation verantwortlich gemacht. Genau auf diese Elemente versuchen die „Hardliner“ bei ihren Gegenmobilisierungen zurück zu greifen. Ein einfaches „Zurück“ zum stabilen „Gottesstaat“ gibt es allerdings nicht: Ein völlig isolierter und geschlossener Iran, verknüpft mit

den Erfahrungen, die Teile der Bevölkerung in den Bewegungen jetzt erleben, könnte zu einer regelrechten Explosion führen. Doch auch eine völlige Machtübernahme der Reformer würde durch Privatisierungen und Marktöffnung das Elend der Massen und damit die Instabilität weiter steigern. Es würde so schnell an seine Grenzen geraten und wieder zur Repression greifen um Unruhen zu unterdrücken.

Was im Iran fehlt ist die, sowohl vom protestantischen Schahregime vor der Revolution, wie vom „Gottesstaat“ unterdrückte, exilierte und ermordete sozialistische Alternative.

Schottland

Ein Sozialist im Parlament

Am 6. Mai fanden erstmals Wahlen zum neuen schottischen Parlament statt. Das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale CWI hat eine lange Tradition in Schottland – als Scottish Militant Labour (SML) und vor allem im Kampf gegen die Poll Tax (eine extrem unsoziale Kopfsteuer). Heute arbeiten die Mitglieder des CWI in Schottland in der neugegründeten Scottish Socialist Party (SSP). Sonja Grusch von der SOV führte ein Interview mit Phillip Scott, Mitglied der Leitung der SSP und des CWI in Schottland.

Vorwärts: Tommy Sheridan von der SSP wurde ins schottische Parlament gewählt – wie vertritt sich die Arbeit in einem bürgerlichen Parlament mit der Tatsache, daß Tommy revolutionärer Sozialist ist?
Phillip: Wir haben als SML, und im letzten Jahr als SSP, eine Reihe von Kampagnen durchgeführt. Daß Tommy nun ins Parlament gewählt worden ist, ist auch ein Ergebnis davon. Wir werden das Parlament nutzen, um unsere Kampagnen – gegen Studiengebühren, für Freifahrt für PensionistInnen etc. – einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. In einem reichen Land wie Schottland lebt eines von drei Kindern in Armut – während North Sea Oil letztes Jahr – während niedriger Ölpreise 11 Milliarden Pfund Gewinn gemacht hat! Tommy hat bei seiner Angelobung – bei der auf die Queen geschworen wird – mit geballter Faust klar gemacht, daß er gegen die Monarchie und gegen ein Schottland des Kapitals ist. Im Gegensatz zu allen anderen Parlamentariern behält Tommy von seinem Gehalt auch nur ca. 14.000 Pfund (ca. 85 280.000) pro Jahr, der Rest wird für Kampagnen und Projekte genutzt.

hängiges Schottland tritt ein und andererseits Internationalisten seit?
P: Für MarxistInnen ist die nationale Frage immer eine wichtige Frage. Wir fordern ein unabhängiges, sozialistisches Schottland als Schritt zu einer Allianz sozialistischer Staaten in Britannien und in Europa.

In Schottland ist die nationale Frage mit dem Aufkommen der Schottischen Nationalpartei (SNP) noch zentraler geworden. Da ist es besonders wichtig, daß SozialistInnen eine klare Position haben, gerade um Jugendliche und ArbeiterInnen vom Nationalismus wegzubrechen. Deshalb verbinden wir Unabhängigkeit mit der Frage von Sozialismus. Wir greifen Themen auf, die für ganz Britannien wichtig sind – wie niedrige Löhne, Armut und Studiengebühren. Und wir beteiligen uns an Kampagnen über die Grenzen Schottlands hinaus wie bei der Abstimmung über den Euro und auch an gesamteuropäischen Kampagnen wie gegen Rassismus oder an internationalen Solidaritätsaktionen. Wir sehen ein unabhängiges sozialistisches Schottland als Teil des Kampfes gegen den globalen Kapitalismus. Dem gilt es die Einheit der ArbeiterInnenklasse entgegenzustellen.

V: Seht Ihr einen Widerspruch darin, daß Ihr einerseits für ein unab-

hängiges Schottland eintritt und andererseits Internationalisten seit?



Tommy Sheridan: Mit geballter Faust für ein sozialistisches Schottland

durch ihre sozialen Forderungen aufgefallen?

P: Die SNP ist in den letzten Jahren stark nach rechts gegangen. Vor allem in sozialen Fragen sehen wir eine ähnliche Transformation wie bei New Labour – sie sind eine offen pro-kapitalistische Partei. Verstaatlichung haben sie z.B. aus ihrem Programm gestrichen. Sie fordern daß die Einkommensteuern für niedrige Einkommen angehoben wird und wollen gleichzeitig eine Senkung der Unternehmenssteuern. Die SNP hat bei den Wahlen 29 % der Stimmen bekommen – ein wichtiger Faktor. Trotzdem haben die meisten die SNP nicht aus nationalistischen Gründen gewählt, sondern hat sie vor allem aus von der Anti-New-Labour Stimmung profitiert. Das zeigt sich auch in der niedrigen Wahlbeteiligung, vor allem in ArbeiterInnenbezirken. Obwohl das die erste Wahl zu einem schottischen Parlament seit 300 Jahren war sind fast 40 Prozent zu Hause geblieben. Wir versuchen gegen New Labour auf der einen und den Nationalismus

auf der anderen Seiten eine sozialistische Alternative aufzubauen. Der Kampf für nationale Unabhängigkeit spiegelt den Wunsch nach einer Alternative zum Kapitalismus wieder, aber auch die Verwirrung darüber, wie das zu erreichen ist. Gerade deshalb dürfen sich SozialistInnen auch nicht um das Thema herumdrücken.

V: Vor neun Monaten wurde die SSP gegründet – was sind die ersten Erfahrungen?

P: Die SSP hat nun über 1500 Mitglieder mit weiteren tausend, die beitreten wollen. Sie hat Ortsgruppen in allen Teilen Schottlands, und Mitglieder aus verschiedenen Zugängen – solche die früher in der Labour Party waren, Jugendliche und ArbeiterInnen, und jene aus der Gewerkschaftsbewegung. Bei den Wahlen im Mai haben wir 2 % und bei den EU-Wahlen 4 % bekommen, das ist ein dramatischer Erfolg für eine Partei, die gerade neun Monate alt ist. Wir vom CWI stellen den trotzkistischen Teil in dieser breiteren sozialistischen Organisation dar.

Bregartner ist weg!



„Einen Erfolg für alle antifaschistischen Kräfte“ – so wertet die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) ihre Kampagne gegen den (ehemaligen) Welser Bürgermeister Karl Bregartner. Bregartner hatte den mittellosen Studenten Franz Breier jun. geklagt (öS 480.000,-), weil Breier den Bürgermeister im Zusammenhang mit den sogenannten Welser „Braunen Flecken“ öffentlich kritisierte.

John Evers
SOV Wien-Mitte

Die SOV antwortete mit einer erfolgreichen Gegenkampagne: Die Klage ist „vom Tisch“. Bregartner selbst trat am 6. Juli 1999 „aus gesundheitlichen Gründen“ zurück.

Die ÖÖ-Nachrichten (7.7.1999) kommentierten Bregartners politisches Ende: „Politikinteressierten Nicht-Ober-österreichern mußte der scheidende Welser Bürgermeister Karl Bregartner als Inbegriff der Borniertheit gelten. Seine Haltung zu den 'Braunen Flecken', also zu symbolischen oder echten Überresten von NS-Gesinnung in der Messstadt, hat ihm außerhalb des Landes massive mediale Kritik eingebracht.“ Die „symbolischen und echten Überreste“ bestanden (bzw. bestehen) u.a. in der jahrelangen Auseinandersetzung um eine Gedenktafel für die Waffen – SS, Förderungen für den rechtsextremen Österreichischen Turnerbund (ÖTB) durch die Stadt Wels und die Vermietung der Welser Messehallen an den Rechtsextremisten Ludwig Reinhaller. Bregartner verteidigte diese „Braunen Flecken“ offensiv, oder erklärte sich für „nicht zuständig“. Einen Gipfelpunkt bildete das Bekanntwerden einer Stammtischrunde

an der Bregartner und ein Förderer des Holocaust – Leugners David Irving teilnahmen.

„Braune Flecken“ gab und gibt es überall in Österreich. Doch nirgendwo sonst, fand ein „Beharren“ auf

Vertrag, den er mit der Partei-Spitze abschloß, erwies sich bald als „Fetzen Papier“. Die SOV und ihr Sprecher in Oberösterreich verschärfte deshalb ihre Kritik an Bregartner und starteten die Kampagne „Bre geh“.

Das Gerichtsverfahren gegen Franz Breier jun. bedeutete die Eskalation des langen Konflikts zwischen dem Welser (Ex-) Bürgermeister und aktiven, antifaschistischen Kräften. Bregartner beantwortete mit dieser



Zum letzten Mal!!! K. Bregartner an seinem Stammtisch

diesen „Braunen Flecken“ durch einen lokalen Spitzenpolitiker statt, wie das in Wels der Fall war. Breier Widerstand begleitete Bregartner durch all die Jahre: Die „Initiative Wels gegen Faschismus“ versuchte mit öffentlichem und „internen“ Druck auf „Bre“ einzuwirken. Prominenz aus allen Bereichen forderte die Entfernung der Braunen Flecken. In der SPÖ wurde Bregartner mit Parteiausschluß bedroht ... Selbst ein

Klage zum ersten Mal „offensiv“ Kritik an ihm – und saß diese nicht einfach aus.

SozialistInnen schlugen zurück

Offensichtlich rechnete „Bre“ mit dem politischen Zusammenbruch von Breier und der SOV – angesichts der Existenzbedrohung, die diese Klage bedeutete. Ein solcher „Zusammenbruch“ hätte letztlich Bre-

gartners „Reinwaschung“ bedeutet.

Die SOV beantwortete die Klage mit einer österreichweiten Gegenkampagne: Nationalratsabgeordnete, die Spitzen der Grünen, sowie der SPÖ- und Gewerkschaftsjugend, diverse Linke und aktive GewerkschafterInnen, KünstlerInnen und SPÖ-BasisfunktionärInnen... forderten die Rücknahme der Klage und Bregartners Rücktritt. Finanziell gab es neben zahlreichen Einzelspenden, Unterstützung von den Gewerkschaftsfractionen KIV und AUGÉ und aus der GPA. Den weitaus größten Anteil stellte hier allerdings die KPÖ, welche nicht nur die finanzielle Abdeckung für Breiers Anwalt Löw übernahm, sondern im Falle einer juristischen Niederlage auch als einzige Kraft konkret zusagte, sich an den Prozeßkosten zu beteiligen. Durch öffentliche Aktionen erzeugte die SOV Druck auf Bregartner und die SPÖ-Spitze. Das Ergebnis spricht für sich: Ende Juni wurde über Bregartners Anwalt ein Vergleichsangebot übermittelt. Der Vergleich sieht ausschließlich eine persönliche Ehrenerklärung vor. Die politische Kritik an Bregartners Politik bezüglich der Braunen Flecken bleibt davon unberührt. Die Klage ist damit „vom Tisch“. Die SOV und Franz Breier jun. bedanken sich bei allen UnterstützerInnen, die mitgeholfen haben Druck auf Bregartner und die SPÖ-Spitze zu erzeugen. Auch wenn mit Bregartner jetzt eine Symbolfigur abtritt: Der Kampf gegen „Braune Flecken“ in Wels und Österreich geht weiter.

PKK wohin?

Nach dem Todesurteil für Öcalan haben viele mit Rache der PKK gerechnet. Die offizielle Linie der PKK ist, eine Eskalation zu verhindern um sich die Unterstützung der EU zu sichern. Gleichzeitig gab es auch einige Bombenanschläge in Westeuropa. PKK vor dem Aus?

Für die kurdische Bevölkerung ist der Kampf der PKK gegen die türkische Unterdrückung ein Symbol für Befreiung und Freiheit. Die Solidaritätsaktionen für Öcalan haben internationales Aufsehen und Sympathie für die KurdInnen gebracht. Völlig unverständlich ist es daher, daß die jetzige PKK-Führung die vom offensichtlich unter enormen Druck stehenden Aussagen während des Schauprozeßes, kritisch akzeptiert. Ein führender Vertreter der PKK in Österreich meinte sogar: „Wenn die PKK gewollt hätte, hätte sie den militärischen Kampf schon längst gewonnen.“ Was müssen die Angehörigen der Opfer im Befreiungskampf bei einer solchen Aussage denken? Die PKK-Führung löst sich durch ihre jetzige Orientierung völlig von den Interessen ihrer Basis. Die defacto Auflösung dieser Partei, würde nicht nur von den kurdischen Massen als bittere Niederlage empfunden werden.

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungs-

was wir wollen

- reich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechts-Extremismus und den rassistischen

- Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirt-

- schaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.

- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.